

ZEICHENERKLÄRUNG

I. Festsetzungen des Bebauungsplanes

1. Art der baulichen Nutzung

MK Kerngebiet

2. Maß der baulichen Nutzung

1,0 Grundflächenzahl
3,0 Geschoßflächenzahl
Zahl der Vollgeschosse, festgelegt als:
v Höchstmaß
GHmax. maximale Gebäudehöhe
58,36m ü.NHN

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

g geschlossene Bauweise
Baugrenze

4. Baugestaltung

FD Flachdach

5. Weitere Nutzungsarten

Straßenverkehrsfläche

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, als: Bereich für den Fuß- und Radverkehr

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, als:

Fußgängerzone

Einfahrtsbereich

Fläche für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen

Zweckbestimmung:

TGa

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche zugunsten der Stadt Rheine

6. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

II. Kennzeichnungen / Nachrichtliche Übernahmen

III. Planmaße / Bestandsangaben

16,0 Vermaßung

R = 8,0 Radius

Flurgrenze

Gemarkungsgrenze

Flurstücksgrenze

Flurstücksnummer

370 topogr. Umrisslinie

Höhenpunkte

45 Höhenschichtlinie

Wohngebäude

Wirtschaftsgebäude

Bestandsbaum

0,38.483 m
0,34.783 m
13,7 m Kanalisation (Mischwasser)

Im Übrigen ist die Zeichenvorschrift für Vermessungsrisse in Nordrhein-Westfalen (Zeichenvorschrift Riss NRW) entsprechend dem RdErl. d. IM NRW v. 6.6.1997 - III C4 - 7120 SMBl. NRW 71342 angewendet worden.

I. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1 Art der baulichen Nutzung
gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 und 6 BauNVO

- Die Art der baulichen Nutzung im Geltungsbereich wird als Kerngebiet (MK) gemäß § 7 BauNVO festgesetzt.
- Die in § 7 Abs. 2 Nr. 5 BauNVO aufgeführte, im Kerngebiet zulässige Nutzungen (Tankstellen im Zusammenhang mit Parkhäusern und Großgaragen) ist gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen.
- Die gemäß § 7 Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Tankstellen, die nicht unter Absatz 2, Nummer 5 fallen sowie Wohnungen, die nicht unter Absatz 2, Nummer 6 und 7 fallen) sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen.
- Wohnungen sind gemäß § 7 Abs. 4 Nr. 1 BauNVO nur oberhalb des Erdgeschosses zulässig.
- Wohnungen sind gemäß § 7 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO nur in den im Vorhaben- und Erschließungsplan gekennzeichneten Bereichen für Wohnnutzung zulässig.

2 Zahl der Vollgeschosse
gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 20 Abs. 1 BauNVO

- Im MK ist die Zahl der Vollgeschosse auf maximal fünf Vollgeschosse festgesetzt.

3 Höhe der baulichen Anlagen
gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 Abs. 6, § 18 Abs. 1 und § 19 Abs. 3 BauNVO

- Die maximal zulässige Baukörperhöhe wird mit einer maximalen Gebäudehöhe GH_{max} von 58,36 m ü. NHN festgesetzt. Dies entspricht einer Gebäudehöhe GH_{max} von ca. 18,90 m.
- Oberer Bezugspunkt (Firsthöhe FH bzw. Gebäudehöhe GH_{max}) ist der höchste Punkt des Hauptdaches (Oberkante Attika bei Flachdächern / Oberkante First bei Sattel-, Waln- oder Zeltdächern). Unterer Bezugspunkt ist die mittlere Höhe der Oberkante der Erschließungsstraße angrenzend an das Grundstück.

4 Flächen für Garagen, Carports, Stellplätze und Nebenanlage
gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 12 Abs. 6 BauNVO

- Die Errichtung der Tiefgarage ist gemäß § 12 Abs. 4 und 5 BauNVO nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und der mit „TGa“ festgesetzten Flächen zulässig.

II ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 89 BauO NRW

1 Dachneigung / Dachform

- Im Kerngebiet MK sind nur Flachdächer zulässig.

2 Dachbegrünung
gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB

- Die im MK festgesetzten Flachdächer sind auf Grundlage des Vorhaben- und Erschließungsplanes zu begrünen und dauerhaft zu unterhalten. Die Dachbegrünung ist mit einer Substratmächtigkeit von mindestens 10 cm auszuführen und kann sowohl extensiv als auch intensiv erfolgen. Von dieser Verpflichtung sind Teilflächen, die zur Gewinnung von regenerativen Energien (Solarthermie, Photovoltaik) genutzt werden, ausgenommen. Die Kombination von Gründach und Solaranlagen ist zulässig.

III HINWEISE

1 Kampfmittel

Der Geltungsbereich liegt in einem Bereich, für den ein Vorkommen von Kampfmitteln nicht ausgeschlossen werden kann („Bombenverdachtsfläche“). Ist bei der Durchführung von Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfarbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

2 Immissionen

Evtl. Ansprüche auf aktiven oder passiven Lärmschutz können gegenüber dem Straßenbaustraßenführer der B 481 bzw. der L 501 nicht geltend gemacht werden.

3 Boden- und Bodendenkmalschutz

Sämtliche in Verbindung mit der Umsetzung der Planungen verbundenen Bodeneingriffe und Abbrüche im Zuge der Maßnahme erfordern eine durchgängige archäologische Begleitung. Zu Detailsprachen hinsichtlich der Vorgehensweise ist vor Beginn der mit der Projektumsetzung verbundenen Arbeiten ein Ortstermin auf Basis der abgeschlossenen Detailplanung mit daraus eindeutig hervorgehenden vorgesehenen Bodeneingriffstiefen erforderlich.“

III HINWEISE

1 Kampfmittel

Der Geltungsbereich liegt in einem Bereich, für den ein Vorkommen von Kampfmitteln nicht ausgeschlossen werden kann („Bombenverdachtsfläche“). Ist bei der Durchführung von Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfarbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

2 Immissionen

Evtl. Ansprüche auf aktiven oder passiven Lärmschutz können gegenüber dem Straßenbaustraßenführer der B 481 bzw. der L 501 nicht geltend gemacht werden.

3 Boden- und Bodendenkmalschutz

Sämtliche in Verbindung mit der Umsetzung der Planungen verbundenen Bodeneingriffe und Abbrüche im Zuge der Maßnahme erfordern eine durchgängige archäologische Begleitung. Zu Detailsprachen hinsichtlich der Vorgehensweise ist vor Beginn der mit der Projektumsetzung verbundenen Arbeiten ein Ortstermin auf Basis der abgeschlossenen Detailplanung mit daraus eindeutig hervorgehenden vorgesehenen Bodeneingriffstiefen erforderlich.“

4 Einsichtnahme

Die im Zusammenhang mit den Festsetzungen des Bebauungsplanes genannten Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Normen, VDI-Richtlinien und sonstige Regelwerke) sowie Gutachten können bei der Stadt Rheine/Stadtplanung während der Dienststunden eingesehen werden.

5 Datenmaterial

Der Bebauungsplan wurde auf einer grafischen Datenverarbeitungsanlage erstellt. Auskünfte über die geometrisch genaue Lage der Straßenbegrenzungslinie erteilt der Fachbereich Planen und Bauen, Produktgruppe Vermessung.

II NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

Innerhalb des überbaubaren Bereiches verläuft ein öffentlicher Mischwasserkanal der Technischen Betriebe Rheine. Diese Trasse wird durch ein 8 m breites Leitungsrecht gesichert. Jede geplante Bautätigkeit innerhalb dieser Trasse ist mit Vorfeld mit den Technischen Betrieben abzustimmen.

Der Kanal ist während der Baumaßnahme und nach Fertigstellung baulich zu sichern. Entsprechende Gutachten (z. B. Statischer Nachweis für die Überbauung der Kanaltrasse), Planunterlagen, etc. sind im Vorfeld vorzulegen; die fachgerechte Ausführung ist baubegleitend durch Gutachter zu überwachen.

VERFAHRENSVERMERK

Für die städtebauliche Planung
Rheine, _____

Produktgruppe Stadtplanung

Leiter Stadtplanung

Die Planunterlagen sowie die Darstellungen und Festsetzungen entsprechen den Anforderungen der §§ 1 und 2 der Planzeichenverordnung.

Rheine, _____

Produktgruppe Vermessung

Stadt. Vermessungsoberrätin

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am _____ die Änderung dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 1 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 BauGB sowie in Verbindung mit § 13 BauGB beschlossen.

Rheine, _____

Der Bürgermeister
In Vertretung

Beigeordnete

Der Änderungsentwurf hat mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine vom _____ in der Zeit vom _____ bis einschließlich _____ öffentlich ausliegen.

Rheine, _____

Der Bürgermeister
In Vertretung

Beigeordnete

Die Änderung dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist gemäß § 10 Abs. 1 BauGB durch den Rat der Stadt Rheine am _____ als Satzung beschlossen worden.

Rheine, _____

Schriftführer

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister
In Vertretung

Beigeordnete

Rheine, _____

RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung
- Planzeichenverordnung (PlanZV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung
- Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung
- Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung
- Hauptsatzung der Stadt Rheine in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Januar 2024, in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung

Stadt Rheine

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.9 1. Änderung

Kennwort: "Stadthotel"

Fachbereich: Planen und Bauen
Produktgruppe: Stadtplanung

Maßstab: 1:1.000
Stand: 15.02.2024

